

## Protokoll der 89. Sitzung des rbb-Rundfunkrates

<b>Datum:</b>	<b>25. Februar 2016</b>
<b>Ort:</b>	<b>Berlin</b>
<b>Beginn der Sitzung:</b>	<b>16:00 Uhr</b>
<b>Ende:</b>	<b>18:30 Uhr</b>

**Leitung:** Friederike von Kirchbach

**Protokoll:** Jana Städing

### Teilnehmer

#### Mitglieder des Rundfunkrates

Akyol, Hasan  
Amsinck, Christian  
Auster, Regine  
Eschen, Barbara  
Fernengel, Beate  
Gelbhaar, Stefan  
Geywitz, Klara  
Goiny, Christian  
Herzog-von der Heide, Elisabeth  
Kirchbach, Friederike von  
Köhne, Matthias  
Köppen, Dr. Martina  
Kolland, Dr. Hubert  
Lamers, Steffie  
Lange, Brigitte  
Opitz, Monika  
Pienkny, Dieter  
Rennert, Prof. Martin  
Scherfke, Wolfgang - *abwesend*  
Schöneburg, Dr. Volkmar  
Seidel, Regina - *abwesend*  
Senftleben, Ingo  
Spahlinger, Prof. Mathias - *abwesend*  
Stumpfenhusen, Susanne  
Ullrich, Ariane  
Weber, Markus - *abwesend*  
Zarth, Carola  
Zenker, Babette  
Zimmermann, Frank

#### Mitglieder des Verwaltungsrates

Althausen, Bertram - *abwesend*  
Bakir, Suat - *abwesend*  
Grygier, Dr. Bärbel - *abwesend*  
König, Dorette - *abwesend*

Quoos, Jutta - *abwesend*  
Schirmer, Matthias  
Schnell, Dr. Heidrun - *abwesend*  
Wolf, Wolf-Dieter

**Vertreter des Personalrates**

Reich, Matthias  
Reuschel, Gudrun - *abwesend*

**Vertreter der Rechtsaufsicht**

Winterberg, Sandra

**Geschäftsleitung:**

Reim, Dagmar  
Binder, Dr. Reinhart  
Brandstätter, Hagen  
Goudarzi, Nawid  
Nothelle, Dr. Claudia  
Singelstein, Christoph - *abwesend*

**Leiterin der Intendanz**

Lange, Susann

**Gremiengeschäftsstelle**

Othmerding, Petra  
Städling, Jana

**Gast**

Frauke Langguth - Leiterin ARD-Text

## **Tagesordnung**

### **89. ordentliche Sitzung des Rundfunkrates am 25. Februar 2016**

- TOP 01 Regularien
- TOP 02 Bestätigungen der Protokolle über die 88. Sitzung des Rundfunkrates am 3. Dezember 2015 und über die 1. Außerordentliche Sitzung des Rundfunkrates am 5. Februar 2016
- TOP 03 Bericht der Intendantin
- TOP 04 Vorstellung ARD-Text
- Frauke Langguth (Leiterin ARD-Text)
- TOP 05 Bericht über die Arbeit der Findungskommission - Zeitplan
- Prof. Martin Rennert
- TOP 06 Bericht über die Sitzung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 23./24. November 2015 in Hamburg
- Friederike von Kirchbach
- TOP 07 Bericht über die Sitzungen des Verwaltungsrates am 19. November 2015 und am 11. Februar 2016
- Wolf-Dieter Wolf
- TOP 08 Bericht über die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 3. Dezember 2015
- Christian Amsinck
- TOP 09 Bericht über die Sitzungen des ARD-Programmbeirates am 11./12. November 2015 in Frankfurt am 20./21. Januar 2016 in Leipzig am 16./17. Februar 2016 in Hamburg
- Markus Weber
- TOP 10 Verschiedenes

## **TOP 01      Regularien**

**Frau von Kirchbach** begrüßt die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Intendantin, Frau Reim, die Geschäftsleitung, die Kolleginnen der Gremiengeschäftsstelle, die Vertreter des Personalrates und die Vertreterin der Rechtsaufsicht.

**Frau von Kirchbach** informiert die Gremienmitglieder über eine Programmbeschwerde gegen die Berichterstattung in zibb am 9. Dezember 2015 über Ulli Zelle und seine Band „ULLI UND DIE GRAUEN ZELLEN“. Es werde die Vorstellung von Herrn Zelle als Musiker kritisiert und Schleichwerbung unterstellt. Die Programmbeschwerde werde in der üblichen Weise an den Programmausschuss zur Beratung übergeben. Der Programmausschuss teile nach gründlicher Beratung sein Votum dem Rundfunkrat in der nächsten Sitzung mit.

**Frau von Kirchbach** weist auf zwei Dreistufentestverfahren zu Gemeinschaftsangeboten des MDR und des BR hin, die der **rbb**-Rundfunkrat, wie alle anderen Rundfunkräte, noch in diesem Jahr mitberaten würde. Dazu bedarf es einer Vertraulichkeitserklärung, die die Mitglieder des Rundfunkrates in dieser Sitzung unterschreiben sollten. Derzeit führe der MDR ein Dreistufentestverfahren zum Telemedienkonzept „KiKA Telemedien“ mit dem Ziel der Zusammenführung der bislang getrennten Telemedienangebote ki-ka.de, kikaninchen.de, KiKAplus und KiKA-text zu einem integrierten Online-Angebot durch.

Gleiches gelte für den BR zum Telemedienkonzept „Angleichung der Verweildauerfristen für fiktionale Formatkategorien auf DasErste.de an das ARD-Verweildauerkonzept“. Im Bestandsverfahren seien abweichende Verweildauern für fiktionale Programmkategorien auf „DasErste.de“ und „BR.de“ vom Rundfunkrat beschlossen worden. Diese Abweichung sei nicht mehr zu rechtfertigen gewesen. Die Änderung erfordere ein Dreistufentestverfahren.

## **TOP 02      Bestätigungen der Protokolle über die 88. Sitzung des Rundfunkrates am 3. Dezember 2015 und über die 1. Außerordentliche Sitzung des Rundfunkrates am 5. Februar 2016**

**Frau Auster** bittet um zwei Ergänzungen im Protokoll der Sitzung am 3. Dezember 2016. Auf Seite 8 soll zum Thema „Freie Mitarbeiter“ in der ersten Zeile das Wort **wie** eingefügt werden. Auf Seite 10 in der ersten Zeile bittet sie um Ergänzung: **“Frau Auster fragt in Bezug auf eine Sitzung des ARD-Programmbeirates beim mdr/KiKa in Erfurt am 6./7. Oktober, an der sie teilnahm, warum in der Mediathek des Kika...“**.

Die Protokolle werden in der vorliegenden Form genehmigt. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Protokollantinnen.

### **TOP 03 Bericht der Intendantin**

**Frau Reim** trägt ihren Bericht vor (Anlage 1).

**Frau Dr. Nothelle** trägt ihre Präsentation vor (Anlage 2).

**Herr Zimmermann** stimmt Frau Reim in der Einschätzung des KEF-Vorschlages zu. Die Überlegung, erneut eine Beitragssenkung in Zusammenhang mit der Finanzierung durch Rücklagen zu beschließen, halte er für problematisch. Bisher habe es immer geheißen, man wolle Beitragsstabilität sichern und notfalls den zusätzlichen Bedarf durch eine teilweise Verwendung von Rücklagen ermöglichen. Hier finde eine Neudefinition des Zweckes von Rücklagen statt.

**Frau Reim** antwortet, die Länder diskutierten darüber bereits und seien sich nicht einig.

**Herr Köhne** meint zum Thema „Funkhaus Europa“, bis auf die Erweiterung der Zielgruppe, indem nun auch die arabischsprachigen HörerInnen berücksichtigt würden, ändere sich nichts. Er fragt sich, ob ökonomische oder andere Gründe bestünden, dieses Schema zu verändern.

Zur Sendung mit dem Regierenden Bürgermeister fragt er, nach welchen Kriterien das Studiopublikum ausgewählt worden sei. Nach seinem Eindruck seien die Nachfragen viel zu zahm gewesen. Das begünstige den Vorwurf an die Medien, dass Dinge beschönigt würden.

**Herr Pienkny** interessiert zum Thema „Funkhaus Europa“, ob sich auch die anderen ARD-Anstalten angesprochen fühlten und welche Rückmeldungen es aus den anderen Regionen gebe. Man könne doch das Funkhaus-Programm bundesweit ausstrahlen, wenn es bundesweit zu empfangen sei.

Er fragt außerdem, ob es bereits Rückmeldungen zu den arabischsprachigen Nachrichten gebe.

**Frau Lange** habe gehört, dass das fremdsprachige Programm von einer Stunde auf 30 Minuten gekürzt worden sei. Sie frage sich, ob das nicht das falsche Signal sei.

**Herr Gelbhaar** fragt, wie sich die Verschiebung der Sprachsendungen auf die Zeit nach 20 Uhr auswirke. Ihn interessiert, ob es bei der Reform darum gehe, Geld zu sparen.

**Frau Dr. Nothelle** antwortet, sie wisse von ihrer Kollegin beim WDR, Valerie Weber, dass der WDR unter Spardruck stehe. Die Änderungen bei „Funkhaus Europa“ seien dennoch nicht nur vom Rotstift diktiert, sondern das vorhandene Geld solle sinnvoller und anders ausgegeben werden. Der **rbb** gebe ca. 185.000 Euro im Jahr für das „Funkhaus Europa“ aus, was auch so bleibe solle.

„Funkhaus Europa“ habe in Berlin und Brandenburg knapp 25.000 Hörer am Tag. Zum Vergleich: **kulturradio** habe knapp 100.000 Hörer am Tag. Für Berlin bedeute

dies einen Marktanteil von ungefähr 0,5 %. Für Brandenburg sei der Anteil verschwindend gering.

Mit der Verschiebung der Sprachsendungen von 18 Uhr auf 20 Uhr, versuche man, mehr Menschen zu erreichen, da das Fremdsprachen-Programm momentan um 18 Uhr sehr spezialisiert sei. Zurzeit laufe um 18 Uhr das türkische und um 19 Uhr das italienische Programm jeweils für eine Stunde. Danach gehe es um 20 Uhr mit südosteuropäischen Sprachen weiter. Jetzt sollten ab 18 Uhr sechs Sprachen parallel gestreamt und auch danach abrufbar im Netz zur Verfügung gestellt werden. Dann könne jeder nach Bedarf sein Programm hören.

Im linearen Radioprogramm solle stattdessen das deutschsprachige Programm gestärkt und um zwei Stunden verlängert werden.

Die Sprachprogramme würden von einer Stunde auf eine halbe Stunde reduziert, aber man kürze nicht den Wort- und den Informationsanteil, sondern reduziere die Musik. Man gestalte die Programme so, dass sie auch gleich online angeboten werden könnten. Man freue sich, dass das arabische Angebot von einmal pro Woche sonntags auf jetzt fünfmal in der Woche eine halbe Stunde gestärkt werde.

**Frau Dr. Nothelle** erläutert weiter, die anderen ARD-Anstalten begrüßten das Programm „Funkhaus Europa“. Der NDR übernehme das Programm in Teilen. Die anderen Anstalten griffen nicht darauf zurück. Es sei deutschlandweit im Internet zu hören.

Grundsätzlich verweist Frau Dr. Nothelle noch einmal darauf, dass „Funkhaus Europa“ ein Programm des WDR sei und nicht in der Verantwortung des **rbb** liege. Der **rbb** liefere einen Teil der Sprachprogramme und die Nachtmusik zu.

**Frau Dr. Nothelle** erläutert zur Frage von Herrn Köhne zum Publikum in der Sendung mit dem Regierenden Bürgermeister, dass sich jeder habe bewerben und melden können. Die Redaktion habe dabei auf eine möglichst große Spannweite geachtet. Jedoch sei es so, dass die Studiogäste sich vor der Kamera durchweg zurückhaltender verhalten hätten als im Vorfeld, die Situation sei dann eben doch eine andere. Sie sei beispielsweise hinterher Zeugin von Gesprächen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und Studiogästen gewesen, die deutlich kontroverser als in der Sendung gewesen seien.

**Frau Reim** ergänzt, derartige Effekte könne man auch in Umfragen sehen. Sobald Leute ein Fernsehstudio beträten, verhielten sie sich anders, als wenn man sie auf der Straße befrage.

**Herr Amsinck** berichtet von dem erfolgreich unternommenen Versuch, eine Messe zu organisieren, bei der Firmen aus Berlin mit jungen Flüchtlingen zusammen gekommen seien. Das sei ein sehr guter Meinungsaustausch gewesen. Man habe sich gefreut, dass die ARD und **Info**radio dabei waren. Wenn es gelänge in fünf Jahren 50 % der jungen Leute zu erreichen, wäre das ein sensationeller Erfolg. Er bitte darum, über erfolgreiche Aktivitäten zur Integration zu berichten.

**Herr Prof. Rennert** fragt, ob auch junge Frauen an der Messe teilgenommen hätten.

**Herr Amsinck** antwortet, es seien eher weniger Frauen dort gewesen. Es seien ca. 85 % junge Männer gewesen.

**Herr Goiny** schließt sich Herrn Zimmermann zum Thema KEF-Bericht an. Es sei gut, daran zu arbeiten, dass der Beitrag stabil bleibe. Für die Hörer und Zuschauer des **rbb** sei eine Senkung oder Steigerung des Beitrags über die nächsten Jahre kein gutes Mittel, Akzeptanz zu steigern. Eine weitere Beitragssenkung mache daher wenig Sinn.

Zur Sendung mit dem Regierenden Bürgermeister merkt Herr Goiny an, dass es sich um ein neues Format handle. Zumindest kenne er ein solches Format aus früheren Zeiten nicht. Er fragt, ob es eine solche Sendung regelmäßig geben werde oder ob es eine einmalige Sendung gewesen sei.

Schließlich lobt Herr Goiny die sehr informative Berichterstattung des **rbb** zur Berlinale. Er würde sich freuen, wenn auch die Programmkinopreisverleihung dieses Jahr durch den **rbb** gewürdigt werde.

**Herrn Goiny** interessiert die Einschätzung der Intendanz zur Berichterstattung über den vermeintlich Toten am LAGeSo. Er fand die Form der Berichterstattung unangemessen.

**Frau Reim** antwortet, Frau Dr. Nothelle werde zum Thema Programmkinos Auskunft geben. Der **rbb** berichte sehr umfangreich über kleine und engagierte Kinos in der gesamten Region Berlin und Brandenburg und über Produktionsfirmen, die in dieser Region arbeiteten.

Das Thema „Der Regierende Bürgermeister im Gespräch mit Bürgern“ sei weder neu noch originell, sondern gehöre zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Denn wenn es ein so großes und alle bewegendes Thema gebe, dann sei es journalistische Chronistenpflicht, dies mit dem Verantwortlichen der Stadt und des Landes zu besprechen. Mit Wahlkampf habe dies nichts zu tun.

**Frau Dr. Nothelle** äußert sich zum vermeintlich Toten am LAGeSo. Man habe sich im Nachhinein sehr genau angeschaut, wann wo welche Nachricht gesendet worden sei. Leider sei tatsächlich in einigen Programmen und online im Indikativ die Rede davon gewesen, dass ein Syrer vor dem LAGeSo gestorben sei. Die Redaktionen hätten sich dabei auf die Bestätigung von „Moabit hilft“ verlassen. Das sei eindeutig zu leichtfertig gewesen, es gelte in jedem Fall, dass eine Nachricht von zwei unabhängigen Quellen bestätigt werden müsse. Man habe dies jedoch zum Anlass genommen, sehr engagiert mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Im Mittelpunkt habe die Frage gestanden, wie mit Informationen aus Social Media umzugehen sei.

**Frau Reim** betont, die Gespräche dazu seien unangenehm und intensiv gewesen. Man müsse immer zwei unabhängige Quellen haben, bevor man senden könne.

**Herr Dr. Kolland** bezieht sich auf die Übertragung der Sendung „Ultraschall“ zusammen mit Deutschlandradio. Er unterstreicht die Wichtigkeit und Wirkung der Sendung, in der er immer wieder die Aufgeschlossenheit der jüngeren Leute, aber auch des breiteren Publikums feststelle. Er wolle den **rbb** darin bestärken, diese Art der Berichterstattung konsequent fortzusetzen. Die Schülerredaktion als Begleitprogramm sei ebenfalls ein wichtiger Faktor gewesen. Auf dieser Grundlage seien Diskussionen über Beitragssenkungen abzulehnen.

**Frau Stumpfenhusen** bedauert, dass der **rbb** kein Kinomagazin im Fernsehprogramm habe.

Sie fragt, welche Entwicklung es bei der Freienvertretung gebe. Im Januar 2014 sei der Staatsvertrag novelliert worden, in dem vorgesehen sei, die Vertretung der Freien nach zwei Jahren zu evaluieren. Sie habe bisher nicht in Erfahrung bringen können, ob das schon begonnen habe. Sie fragt, ob es bereits Initiativen gebe, und wenn ja, wie das Verfahren angelegt werde.

**Frau Reim** antwortet, der **rbb** habe ein Kinomagazin gehabt, mit leider sehr wenig Zuschauerinnen und Zuschauern. Der **rbb** versuche, in vielen unterschiedlichen Sendungen Kino zum Thema zu machen. Das Flaggschiff im Radio sei „Kino King Knut“ und „Abgedreht“ bei **Inforadio**. Sie verweist zudem auf die regelmäßigen Filmbesprechungen bei zibb oder in der Abendschau.

Zur Frage der Freienvertretung und der Evaluation führt Frau Reim aus, der **rbb** verfasse weder Staatsverträge noch löse er die Evaluation aus. Dazu müssten die anwesenden Abgeordneten befragt werden.

**Herr Dr. Schöneburg** habe in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg nachgefragt. Nach deren Auffassung laufe die Frist im Mai ab. Die Staatskanzlei habe ihm zugesichert, das schnellstmöglich mit der neuen Intendantin oder dem neuen Intendanten auf den Weg zu bringen. Er werde dies im Blick behalten.

**Herr Gelbhaar** ergänzt, er leite gerne eine kleine Anfrage zu diesem Thema weiter. Seine Partei habe dies als Besprechungspunkt für den entsprechenden Ausschuss angemeldet. Es gebe eine lose Verabredung, dass es im März/April zu einer Anhörung komme.

**Frau Winterberg** versichert, dass die Gespräche zwischen den beiden Chefs der Staats- und Senatskanzleien aufgenommen worden seien. Das weitere Verfahren müsse einvernehmlich abgestimmt werden. Dazu gehörten Anhörungen von allen Beteiligten, sowohl der Freien als auch des **rbb**, gegebenenfalls der Personalvertretungen. Ob das bis Mai realisierbar sei, könne sie nicht versprechen.

**Herr Gelbhaar** schließt sich Herrn Goins Ausführungen zur Berlinale-Berichterstattung an.

Es sei nicht die Zeit, Beiträge zu senken. Vielmehr solle man überlegen, wie man das Geld sinnvoll ausgeben könne, z. B. für das Jugendangebot.

Zum Thema „Bürgertalk mit dem Regierenden Bürgermeister“ sei er im Abgeordnetenhaus gefragt worden, ob es das nun öfter im Wahlkampfjahr gebe. Für das Wahlkampfjahr bitte er um eine hohe Sensibilität in Bezug auf die gleichberechtigte Berichterstattung.

**Frau Reim** antwortet, es sei aus heutiger Perspektive nicht vorgesehen, dass der **rbb** Bürgertalks mit der CDU, mit den Grünen, mit den Piraten und mit den Linken veranstalte. Richtig sei, den Verantwortlichen/die Verantwortlichen vor die Kamera und ins Gespräch mit Bürgern zu bringen. Das jedoch habe nichts mit dem Wahljahr zu tun. Die ARD habe sich auferlegt, sechs Wochen vor dem Wahltermin keine Politikerinnen und Politiker mehr in Unterhaltungssendungen einzuladen. Dies werde strikt eingehalten.

#### **TOP 04      Vorstellung ARD-Text**

- **Frauke Langguth (Leiterin ARD-Text)**

**Frau Langguth** trägt ihre Präsentation vor (Anlage 4).

**Herr Akyol** fragt, ob ARD- und ZDF-Text sich untereinander abstimmen.

**Herr Pienkny** merkt an, er lese jeden Tag den Videotext. Fast täglich gebe es ein bis zwei Nachrichten mit falscher Seitenzahlangebe. Er fragt, ob man so etwas nicht abschaffen könne.

**Herr Senftleben** lobt den Videotext und hofft, dass er lange erhalten bleibe. Er habe jedoch nicht verstanden, wie HbbTV funktioniere.

**Frau Langguth** antwortet, HbbTV funktioniere ausschließlich mit einem neueren internetfähigen Fernseher.

Zur Verschiebung der Meldungen sagt sie, an diesem Problem werde gearbeitet.

Wichtige Themen sende der ZDF-Text ebenfalls. Es gebe jedoch auch Unterschiede.

**Frau Eschen** merkt zum Schriftbild an, wenn man sich die Mühe mache, Nachrichten in leichter Sprache zu formulieren, dann müsse man sie auch in einer lesbaren Schrift darstellen.

**Frau Langguth** antwortet, beim alten Teletext habe man technisch nicht die Möglichkeit. Die Schrift sei Weltstandard.

**TOP 05      Bericht über die Arbeit der Findungskommission**  
**- Zeitplan**  
**• Prof. Martin Rennert**

**Herr Prof. Rennert** betont die vereinbarte Vertraulichkeit und weist auf die große Bedeutung hin. Da diese Sitzung öffentlich stattfindet, werde er keine Namen nennen.

Die Findungskommission habe in bislang drei Sitzungen alle eingegangenen Bewerbungen gesichtet und die Wahlkriterien reflektiert. Es seien 28 Bewerbungen eingegangen. Viele dieser Bewerbungen konnten aussortiert werden, weil sie keiner der Kriterien entsprochen hätten.

Die Findungskommission habe sehr intensiv über die Wahlprüfsteine des Redakteursausschusses und über das Schreiben der Überparteilichen Fraueninitiative e.V. gesprochen. In Bezug auf die Kriterien, habe nichts dem widersprochen, was man bereits beschlossen habe, wie etwa Medienkompetenz, Führungserfahrung u.a. Die Findungskommission werde einzig und allein nach der Qualität der Person entscheiden, unabhängig vom Geschlecht oder der vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei. Wichtig seien das Geleistete und das, was man zu präsentieren in der Lage sei.

Der 7. April sei als Wahltermin anvisiert. Die Findungskommission werde sich jedoch nicht auf einen absoluten Zeitpunkt festlegen und unter Druck setzen. Am Ende müsse das Ergebnis gut sein.

Ein Ergebnis dieser Arbeit wolle die Findungskommission möglichst bis zum 18. März 2016 vorlegen, das dem Rundfunkrat vermittelt und öffentlich gemacht werden solle.

**Frau von Kirchbach** ergänzt, dass die Anregungen der Rundfunkratsmitglieder, die in die Bewerbungen Einsicht genommen hätten, aufgenommen und beraten worden seien und bedankt sich dafür.

**Frau Auster** fragt, ob der Rundfunkrat am 18. März 2016 eine Information über den Wahlvorschlag erhalte und ob es noch die Möglichkeit gebe, die Bewerbungen einzusehen.

**Frau von Kirchbach** weist darauf hin, dass sich die Findungskommission nicht auf ein genaues Datum festlegen wolle. Aber der Rundfunkrat bekomme selbstverständlich die Möglichkeit, sich vor der Rundfunkratssitzung angemessen über die vorgeschlagenen Bewerber zu informieren.

**Frau Auster** fragt, ob die Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten beschränkt sei.

**Herr Prof. Rennert** teilt mit, dass sich die Findungskommission heute darauf verständigt habe, zwei bis maximal drei Personen präsentieren zu wollen. Diese Personen sollten alle gleichermaßen empfehlenswert sein.

**Herr Dr. Kolland** fragt, was am 18. März „öffentlich machen“ bedeute.

**Frau von Kirchbach** stellt klar, nur die Rundfunkratsmitglieder würden das Ergebnis der Findungskommission erfahren.

**TOP 06 Bericht über die Sitzung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 23./24. November 2015 in Hamburg**

- **Friederike von Kirchbach**

**Frau von Kirchbach** berichtet, man habe sich mit der Novellierung des WDR-Gesetzes und mit dem „Jungen Angebot“ befasst. Der GVK sei hinsichtlich des „Jungen Angebotes“ wichtig gewesen, die Rolle des Geschäftsführers zu stärken und die letztendliche Entscheidungsbefugnis in seiner Hand zu lassen.

Die GVK habe sich weiterhin mit der AVMD-Richtlinie und mit den laufenden Dreistufentestverfahren beschäftigt.

Es habe eine ausführliche Diskussion zur Degeto gegeben. Frau Reim, Frau Wille und Frau Strobl hätten über die Situation der Degeto berichtet. Die GVK habe als Beratungsergebnis die inhaltliche Neuausrichtung und Konsolidierung begrüßt.

Es habe außerdem eine Evaluation des Gremieninformationsverfahrens zum Vorabend stattgefunden. Die GVK habe beschlossen, dass sie die Gremien beim Abschluss von Programmbeschaffungsverträgen für den Vorabend mit der Finanzierung durch die Werbegesellschaften einbeziehen werde.

Die GVK sei außerdem über den ARD-Produzentenbericht, die Gemeinschaftsaufgaben und die Rundfunkfinanzierung informiert worden. Es sei ausdrücklich begrüßt worden, dass die ARD zum 20. KEF-Bericht einen deutlichen Mehrbedarf angemeldet habe. Die GVK beobachte mit Sorge, dass die Sparanstrengungen der Rundfunkanstalten zu Lasten des Programms gingen.

Man habe sich darüber hinaus die Ausschussstrukturen in den Gremien angeschaut, besonders im Hinblick auf trimediale Umstrukturierungsmaßnahmen.

Der GVK-Vorsitz liege nach dem Wechsel des ARD-Vorsitzes in den Händen des MDR. Steffen Flath, der neue Rundfunkratsvorsitzende im MDR, werde GVK-Vorsitzender.

**Herr Pienkny** erkundigt sich, ob das Thema „Thomas Gottschalk“ diskutiert worden sei.

**Frau von Kirchbach** antwortet, das sei im Rahmen des werbefinanzierten Vorabendprogrammes angesprochen worden. Die GVK wolle zukünftig bereits im Vorhinein einbezogen werden.

**TOP 07      Bericht über die Sitzungen des Verwaltungsrates  
am 19. November 2015 und am 11. Februar 2016**  
• **Wolf-Dieter Wolf**

**Herr Wolf** berichtet, in der Sitzung am 19. November 2015 habe der Verwaltungsrat im Wesentlichen über den Wirtschaftsplan 2016 diskutiert.

Er habe die Mittelfristige Finanzplanung zwischen 2015 und 2019 beschlossen. Herr Brandstätter habe zum Thema Altersversorgung im **rbb** informiert. Wenn das Zinsniveau so niedrig bleibe, müsse man im Blick behalten, dass die dafür zurückgestellten Beträge nicht ausreichend wachsen. Dieses Thema betreffe alle Landesrundfunkanstalten und das ZDF.

Man habe die Wirtschaftspläne 2016 der GSEA, der vom **rbb** federführend betreuten Gemeinschaftseinrichtungen und -aufgaben, beschlossen.

Herr Baumeister, Geschäftsführer der **rbb** media GmbH, habe über die Fonds der rbb media GmbH und der im Geschäftsjahr 2014 gehaltenen Beteiligungen informiert.

Der Verwaltungsrat habe Beschlüsse zu Dienstleistungsverträgen Sicherheit Berlin und Potsdam, Rahmenvertrag für Standard-PC-Technik, Abschluss eines „Enterprise Agreement“-Vertrags für Microsoft-Lizenzen, Beschaffung von acht SAP-zertifizierten HANA-Servern für das IVZ und Erweiterung von zwei Plattenspeichersystemen für das IVZ gefasst.

Das Wichtigste sei die Entscheidung über den Gehaltstarifvertrag 2015 gewesen.

Die Geschäftsleitung des **rbb** habe in der Sitzung am 11. Februar 2016 den Verwaltungsrat über die Revisionsberichte Juli bis Dezember 2015 informiert.

Das MAP-Projekt sei Thema in der nächsten Verwaltungsratssitzung, dem man sich mit besonderer Aufmerksamkeit widmen wolle.

Außerdem habe man die im Jahr 2015 erteilten Nebentätigkeitsgenehmigungen im **rbb** überprüft.

Der Verwaltungsrat sei zu den wesentlichen Prüfungsfeststellungen aus dem IT-Bericht sowie den Empfehlungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) anlässlich des Jahresabschlusses 2014 informiert worden.

Im Bereich Investitionen sei es um Instandhaltungsleistungen an versorgungstechnischen Anlagen und die Erneuerung einer Hörfunkregie im ARD-Hauptstadtstudio, wo der **rbb** mit nur 7 % beteiligt sei, gegangen.

Schließlich habe der Verwaltungsrat einen Rahmenvertrag zur Beschaffung von IBM-Bandrobotern und deren Erweiterungen für das IVZ beschlossen.

**TOP 08 Bericht über die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses  
am 3. Dezember 2015**  
• **Christian Amsinck**

**Herr Amsinck** berichtet über den in der jüngsten Sitzung beschlossenen Wirtschaftsplan 2016, dem so auch der Rundfunkrat zugestimmt habe. Erfreuliche Entwicklung: Der **rbb** profitiere weiterhin vom neuen Beitragsmodell.

Außerdem habe sich der Ausschuss mit den Pensionsrückstellungen befasst.

Zu dieser Sitzung habe auch der Controllingbericht gehört, der das gleiche erfreuliche Ergebnis wie im Vorjahr habe. Überschreitungen seien nicht festgestellt worden.

Schließlich habe man sich mit dem Thema Geldanlagen beschäftigt. Die Anlage von Geld gestalte sich aufgrund des niedrigen Zinsniveaus immer schwieriger. Der **rbb** habe einen guten Fondsmanager und hoffe auf ein gutes Ergebnis.

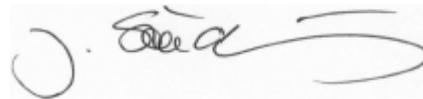
**TOP 09 Bericht über die Sitzungen des ARD-Programmbeirates  
am 11./12. November 2015 in Frankfurt  
am 20./21. Januar 2016 in Leipzig  
am 16./17. Februar 2016 in Hamburg**  
• **Markus Weber**

Der TOP wird auf die nächste Sitzung verschoben.

**Frau von Kirchbach** schließt die Sitzung.



Friederike von Kirchbach  
Vorsitzende des Rundfunkrates



Jana Städing  
Protokoll

Berlin, 18. März 2016

**Anlagen (Versand per E-Mail)**

- 1) Bericht der Intendantin
- 2) Präsentation: TOP 03
- 3) Präsentation: TOP 04